



Die Landeshauptstadt verunglimpft Engagement gegen weiße Folter

Abdullah Öcalan sitzt seit seiner Entführung im Jahr 1999 auf der Insel Imrali in Isolationshaft. Isolationshaft ist weiße Folter und verstößt gegen Menschenrechte.

Weltweit setzen sich Menschen für die Aufhebung der Isolation und perspektivisch die Freiheit von Abdullah Öcalan ein. In diesem Zusammenhang findet auch seit Jahren der lange Marsch unter dem Motto „**Freiheit für Öcalan – Status für Kurdistan**“ statt, der in diesem Jahr am 13.2.2020 seine letzte Etappe von St. Ingbert nach Saarbrücken zurücklegte. Die Medien berichteten darüber.

Der Protestmarsch verlief für die Teilnehmenden trotz schlechtem Wetter bei bester Stimmung und ohne Auseinandersetzungen mit der Polizei. Nach einer kurzen Kundgebung vor der Europa-Galerie begaben sich die Teilnehmenden zur Turnhalle in Saarbrücken-Brebach, die das Kurdische Gesellschaftszentrum seit vielen Jahren immer wieder mal für große Feste anmietet, um gemeinsamen zu feiern.

Die Teilnehmenden des Protestmarsches sollten am Betreten der Festhalle gehindert werden

Nach Auskunft der Betreiber habe „die Gemeinde“ (gemeint ist wohl die Landeshauptstadt Saarbrücken, mit der der Mietvertrag abgeschlossen wurde) sie telefonisch aufgefordert, den Zutritt zur Halle zu verwehren, falls es sich bei den Gästen um Teilnehmende der Demonstration handele.

Offensichtlich versucht man, nach der Kündigung eines Mietvertrages des Kurdischen Gesellschaftszentrums für das Newroz-Fest 2017 im Rathaus-Festsaal in Saarbrücken, nun auch die Vermietung weiterer städtischer Räume zu unterbinden.

Das Kurdische Gesellschaftszentrum ist die sozialpolitische und kulturelle Vertretung der Mehrheit der Kurden und Kurdinnen im Saarland. Im Zuge der Kriminalisierung der kurdischen Freiheitsbewegung erschwert man systematisch die Teilhabe der Menschen an sozialen, kulturellen und politischen Prozessen und verweigert ihnen ihre demokratischen Rechte. So ist auch der Versuch zu werten, die Vermietung städtischer Räume an die Kurden und Kurdinnen zu verweigern.

Wir wünschen uns, verantwortliche Politiker und Politikerinnen im Saarland wären bereit, ihre diskriminierende Praxis selbstkritisch zu hinterfragen und einen unvoreingenommenen Dialog mit dem Kurdischen Gesellschaftszentrum aufzunehmen.

Auch vor dem Hintergrund der Leistungen der Kurdischen Freiheitsbewegung, nicht zuletzt der Sieg über den Islamischen Staat und der Aufbau gleichberechtigter demokratischer Lebensverhältnisse in Nord-Syrien, hätten wir uns etwas mehr Respekt und Anerkennung von offizieller Seite gewünscht.

Stadt Saarbrücken kündigt Nutzungsvertrag für den Rathaus-Festsaal für das kurdische Neujahrsfest „Newroz“
<https://bit.ly/2OWIWLA>

Kurdisches Gesellschaftszentrum Saarbrücken, Februar 2020
www.kgz-saar.de, info@kgz-saar.de